

Henkel in der Zeit des Nationalsozialismus

Prof. Dr. Joachim Scholtyseck

Joachim Scholtyseck war von 2001 bis 2024 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Er gilt als einer der führenden deutschen Zeithistoriker, insbesondere auf den Gebieten der Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte. Joachim Scholtyseck hat zahlreiche Bücher über eine Reihe anderer Unternehmen und Unternehmer veröffentlicht: über Robert Bosch, die Quandts, Otto Beisheim, Reinhard Mohn, Freudenberg, Merck und zuletzt über den Porsche-Mitgründer Adolf Rosenberger.

Die Haltung des Unternehmens und seiner führenden Familienmitglieder zum Nationalsozialismus war durch ein Spannungsfeld zwischen anfänglicher Zurückhaltung, pragmatischer Anpassung und aktiver Mitwirkung geprägt.

Hugo Henkel, der nach dem Tod seines Bruders und Vaters im Januar und März 1930 die alleinige Firmenleitung übernahm, war ursprünglich ein überzeugter Liberaler. Er engagierte sich politisch in der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und war bis 1933 kommunalpolitisch in Düsseldorf aktiv. Seine unternehmerische Orientierung war stark auf Technik, Effizienz und den Ausbau der internationalen Märkte ausgerichtet. Politisch äußerte er sich selten, doch die Hauszeitschrift „Blätter vom Hause“, die aus Gründen des Arbeitsfriedens politischen Themen in der Regel keinen Raum bot, ließ bis Anfang der 1930er-Jahre eine gewisse republikanische Grundhaltung erkennen.

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933 betrachtete Hugo Henkel zunächst skeptisch. In einem Brief an seinen Sohn Jost im März 1933 sprach er von einer „interessanten Zeit“. Dennoch trat er am 1. Mai 1933 – dem letzten Tag vor dem Aufnahmestopp – der NSDAP bei. Nach dem Krieg rechtfertigte er diesen Schritt als Schutzmaßnahme für das Unternehmen. Zeitzeugen wie der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Viktor Kirberg (bis 1933 und nach 1945 im Amt) bestätigten nach Kriegsende, dass Hugo Henkel sich bemüht habe, die Firma vor politischen Eingriffen zu bewahren.

Tatsächlich passte sich Hugo Henkel rasch an das neue Regime an. Er blieb bis 1942 Mitglied der „gleichgeschalteten“ Stadtverordnetenversammlung und war in zahlreichen NS-nahen Gremien aktiv. In öffentlichen Auftritten lobte er Adolf Hitler in dessen Führerrolle, und das Unternehmen beteiligte sich an NS-Propagandaaktionen wie dem „Leistungskampf der deutschen Betriebe“. 1938 wurde er nach einer Steuer- und Devisenaffäre durch seinen machtbewussten Neffen Werner Lüps (1906 – 1942) aus der Unternehmensführung gedrängt und zog sich auf seinen Landsitz zurück.

Auch die Söhne Hugo Henkels traten der NSDAP bei. Jost Henkel, der 1933 ins Unternehmen eintrat, wurde 1937 Parteimitglied. Nach dem Krieg erklärte er, man habe Hitler unterstützt, um den Kommunismus zu bekämpfen, und geglaubt, den Reichskanzler später „zähmen“ zu können – eine unter Industriellen verbreitete Ansicht. Konrad Henkel, der jüngere Bruder, trat 1939 der Partei bei, war jedoch kein aktiver Parteigänger.

Insgesamt blieben politische Aussagen der Firmenleitung und aus dem Familienkreis in diesen Jahren jedoch die Ausnahme. Eine klare ideologische Linie innerhalb der Familie lässt sich nicht erkennen, vielmehr dominierte pragmatischer Opportunismus.

Die politische Haltung der Belegschaft

Die politische Einstellung der Henkel-Belegschaft während der NS-Zeit war keineswegs homogen, sondern spiegelte die gesellschaftlichen Spannungen und Umbrüche der Zeit wider. Die wachsende nationalsozialistische Einflussnahme und zunehmende Gleichschaltung führten zu einem komplexen Bild, in dem es auch Anpassung und Mitläufertum gab.

Am 21. März 1933 fanden bei Henkel Betriebsratswahlen statt. Zu diesem Zeitpunkt hatte die NSDAP bereits die politische Macht übernommen, jedoch waren noch nicht alle Institutionen „gleichgeschaltet“. Die Wahlbeteiligung unter den Arbeitern lag bei rund 85 Prozent, was auf ein hohes politisches Interesse und Verantwortungsbewusstsein hinweist. Die Ergebnisse zeigten eine klare Mehrheit für die sozialdemokratische Liste, die 66,5 Prozent der Stimmen erhielt. Der langjährige sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Viktor Kirberg wurde erneut gewählt. Die christlichen Gewerkschaften erhielten 11,9 Prozent, während die erstmals angetretene nationalsozialistische Liste auf 20,5 Prozent kam.

Bei den Angestellten hingegen war die Lage deutlich anders. Hier erhielten die Nationalsozialisten 542 Stimmen und damit vier der fünf Sitze im Angestelltenrat. Der Anteil der NSDAP-Anhänger unter den Angestellten war laut Kirberg auf etwa 90 Prozent zu beziffern, was in drastischem Kontrast zur Arbeiterschaft stand.

Die politische Zugehörigkeit der Führungsebene war besonders ausgeprägt: Von 13 Geschäftsführern bei Kriegsende waren 12 NSDAP-Mitglieder. Auch unter den Betriebsleitern, Ingenieuren und kaufmännischen Abteilungsleitern lag der Parteimitgliederanteil bei über 40 Prozent. Die Parteimitgliedschaft wurde zunehmend zur Voraussetzung für beruflichen Aufstieg.

Trotz des Wahlerfolgs der Sozialdemokraten wurde der Betriebsrat bereits im Mai 1933 durch die NSDAP „gleichgeschaltet“. Kirberg wurde abgesetzt, aber von der Firmenleitung als Vorarbeiter weiterbeschäftigt.

An die Stelle des Betriebsrats trat der sogenannte „Vertrauensrat“, dessen Mitglieder nicht mehr frei gewählt, sondern von der Betriebsführung und dem NSBO-Obmann (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) bestimmt wurden. Die erste „Wahl“ 1934 war eine Farce: Nur 837 von 2.284 Stimmen waren „restlos zustimmend“, 436 Stimmen waren ungültig. Auch bei der zweiten Wahl 1935 war das Ergebnis für die NS-Einheitsliste enttäuschend. Um weitere Blamagen zu vermeiden, wurden die Wahlen 1936 per Gesetz abgeschafft.

Trotz aller Indoktrinationsversuche seitens der NS-Führung blieb die Haltung vieler Mitarbeiter ambivalent. Die NS-Ideologie wurde nicht überall mit Überzeugung getragen. Die Teilnahme an NS-Veranstaltungen war oft erzwungen oder aus Angst vor Nachteilen motiviert. Gleichzeitig gab es aber auch überzeugte Nationalsozialisten, insbesondere unter den Angestellten und Führungskräften.

Henkel unter der Führung von Werner Lüps

Werner Lüps, Enkel des Firmengründers Fritz Henkel und Sohn von Emmy Lüps (geb. Henkel), war eine der schillerndsten und zugleich umstrittensten Figuren in der Geschichte des Unternehmens während der NS-Zeit. Ohne akademische Ausbildung, aber mit ausgeprägtem Machtinstinkt und engen Verbindungen zur NSDAP – insbesondere zu den Männern um Hermann Göring – stieg Lüps ab 1938 zur zentralen Figur im Unternehmen auf.

Bereits 1933 trat er der NSDAP bei und nutzte seine politischen Kontakte, um sich innerhalb der Firma zu profilieren. Mit seinem extravaganten Lebensstil und seinem selbstbewussten Auftreten

verkörperte Lüps den Typus des jungen, dynamischen, nationalsozialistisch geprägten Wirtschaftsfunktionärs.

Sein Aufstieg wurde durch eine Intrige gegen seinen Onkel Hugo Henkel ermöglicht. Dieser war 1936 in ein Steuerverfahren verwickelt, bei dem sein Ansehen bereits schweren Schaden genommen hatte. Lüps nutzte die Gelegenheit, um Hugo Henkel bei den NS-Behörden zu diskreditieren. Er sammelte belastende Aussagen, unter anderem angeblich kritische Bemerkungen Hugo Henkels über das NS-Regime, die Lüps während eines Treffens auf einer Menükarte notiert haben wollte. Mit Unterstützung Görings wurde Hugo Henkel 1938 zum Rücktritt gezwungen; er musste in den Aufsichtsrat wechseln und hatte keinen aktiven Einfluss mehr auf die Entwicklung der Firma.

Lüps übernahm daraufhin als „Betriebsführer“ die Leitung des Unternehmens. Unter seiner Führung wurde Henkel systematisch auf NS-Kurs gebracht. Das Unternehmen wurde 1940 als „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ ausgezeichnet. Lüps inszenierte sich als Vorzeige-Wirtschaftsfunktionär, organisierte Aufmärsche, Betriebsappelle und propagandistische Großveranstaltungen. Die Nähe zur NSDAP war nicht nur ideologisch, sondern auch wirtschaftlich motiviert.

Besonders ambitioniert war sein Versuch, die Degussa zu übernehmen und Henkel zu einem zweiten großen Chemiekonzern neben der IG Farben auszubauen. Bis 1942 hielt Henkel rund 50 Prozent der Degussa-Aktien. Lüps plante eine umfassende Umstrukturierung des Konzerns, doch seine aggressive Strategie stieß zunehmend auf Widerstand – sowohl innerhalb des Unternehmens und der Familie Henkel als auch bei den NS-Behörden.

Im Frühjahr 1942 eskalierte der interne Machtkampf. Lüps erhob erneut Vorwürfe gegen Hugo Henkel und andere Führungskräfte, diesmal wegen angeblicher Bestechung. Der Aufsichtsrat, unterstützt vom Düsseldorfer Gauleiter Friedrich Karl Florian, stellte sich gegen ihn. Lüps wurde beurlaubt und vom Werksgelände ausgeschlossen. Er versuchte, sich bei Göring Rückendeckung zu holen, doch dieser ließ ihn fallen.

Am 16. April 1942 kam Werner Lüps bei einem Autounfall ums Leben, als er auf dem Rückweg von Berlin in einen Bombentrichter fuhr. Sein Tod wurde mit großem Pomp inszeniert – die Trauerfeier glich einem Staatsbegräbnis.

Nach seinem Tod wurde Dr. Jost Henkel (1909–1961), der älteste Sohn von Hugo Henkel, „Betriebsführer“. Den Vorsitz der Geschäftsleitung übernahm Dr. Hermann Richter (1903–1982). Die Firma distanzierte sich zunehmend von Lüps und stellte ihn in der Nachkriegszeit als alleiniges „schwarzes Schaf“ dar – eine Darstellung, die der historischen Realität nicht gerecht wird. Denn auch Hugo Henkel hatte sich dem NS-Regime mehr angepasst als nötig gewesen wäre.

„Arisierungen“

Während der Zeit des Nationalsozialismus beteiligte sich Henkel in mehreren Fällen an sogenannten „Arisierungen“, also der systematischen Enteignung jüdischer Unternehmer. Diese Vorgänge dienten Henkel in erster Linie dazu, sich wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen. Es ging um den Zugang zu Rohstoffen, insbesondere Fettkontingenten für die Seifen- und Waschmittelproduktion, um die Erweiterung von Produktionskapazitäten und um die Sicherung von Marktanteilen. Dabei agierte Henkel meist nicht direkt, sondern ließ Tochterfirmen wie Dreiring, Thompson oder Dehydag als Käufer auftreten.

Die „Arisierungen“ erfolgten in einem politischen und wirtschaftlichen Klima, das jüdische Unternehmer durch Repressionen, Steuerforderungen und Devisenauflagen systematisch zur Aufgabe ihrer Geschäfte zwang. Henkel nutzte diese Gelegenheiten gezielt, um Unternehmen günstig zu übernehmen. Die Verhandlungen liefen formal in korrekten Bahnen ab, aber das Unternehmen hätte den Handlungsspielraum gehabt, sich gar nicht erst zu beteiligen.

Die „Arisierungen“ betrafen unter anderem die Seifen- und Kerzenfabrik Heilborn KG in Frankfurt an der Oder (1937), die Firma Dr. Ing. Ludwig Schön in Wien (1938), die Evona GmbH in Prag (1939), die Fistag AG in Vysočany (1940–41) sowie die Hansa Seifenfabrik in Danzig (1938). In vielen Fällen war Henkel nicht der einzige Interessent und musste sich gegen andere deutsche oder ausländische Firmen durchsetzen – teilweise mit Unterstützung der NS-Behörden.

Nach dem Krieg versuchte Henkel, seine Rolle zu relativieren, und verwies darauf, in „gutem Glauben“ gehandelt zu haben. Diese Darstellung ist jedoch angesichts der Quellenüberlieferung nicht haltbar. Nach 1945 musste Henkel in mehreren Fällen die ursprünglichen Eigentümer in Rückerstattungsverfahren entschädigen.

Trotz dieser Beteiligung an den „Arisierungen“ gab es auch Fälle individueller Hilfe für jüdische Mitbürger. So wurde etwa die Mutter eines Schulfreundes von Konrad Henkel durch persönliche Interventionen vor der Deportation bewahrt. Solche Einzelfälle ändern jedoch nichts an der grundsätzlichen Mitverantwortung Henkels an der wirtschaftlichen Ausgrenzung und Enteignung jüdischer Bürger.

Zwangsarbeit bei Henkel im Nationalsozialismus

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs sah sich das Unternehmen Henkel – wie die meisten deutschen Industriebetriebe – mit einem zunehmenden Mangel an Arbeitskräften konfrontiert. Die Einberufung zahlreicher Männer zur Wehrmacht führte dazu, dass Henkel auf ausländische Arbeitskräfte zurückgreifen musste, um die Produktion aufrechtzuerhalten. Besonders betroffen waren kriegswichtige Bereiche wie die Herstellung von Waschmitteln, Klebstoffen und chemischen Produkten.

Die Fremd- und Zwangsarbeiter kamen auf verschiedenen Wegen zu Henkel. Zivile Arbeitskräfte wurden über das Arbeitsamt Düsseldorf zugewiesen, während Kriegsgefangene durch die Wehrmachtskommandantur und regionale Stammlager vermittelt wurden. Ab 1943 wurden insbesondere französische Arbeiter durch das Vichy-Regime zwangsverpflichtet und nach Deutschland geschickt. Auch aus der Sowjetunion wurden sogenannte „Ostarbeiter“ verschleppt, die unter besonders schlechten Bedingungen arbeiten mussten.

Im Werk Düsseldorf-Holthausen erreichte der Anteil ausländischer Arbeiter mit 15,8 Prozent zum Stichtag 31. Dezember 1943 seinen Höchststand. Sie stammten aus der Sowjetunion, Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Italien, Polen, Luxemburg, Kroatien, Ungarn, Tschechien und der Slowakei. In anderen Werken wie Genthin oder Rodleben war die Zahl der Zwangsarbeiter deutlich höher – dort machten sie zeitweise über die Hälfte der Belegschaft aus.

Ein wesentlicher Unterschied bestand zwischen zivilen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen. Letztere unterstanden der Wehrmacht und wurden in eigenen Lagern untergebracht. Während bei westlichen Kriegsgefangenen die Genfer Konvention teilweise eingehalten wurde, galten für sowjetische Gefangene deutlich schlechtere Bedingungen. Zivile Zwangsarbeiter unterlagen hingegen der Kontrolle der Arbeitsämter und wurden in werkseigenen Lagern untergebracht, oft nach Nationalität getrennt.

Die Lebensbedingungen der Fremd- und Zwangsarbeiter bei Henkel variierten stark. Westarbeiter erhielten bessere Verpflegung und medizinische Versorgung als sogenannte „Ostarbeiter“. Die Unterbringung erfolgte in Barackenlagern auf dem Werksgelände oder in der Nähe. Die Arbeitszeit lag zwischen 47 und 60 Stunden pro Woche. Die Bezahlung orientierte sich formal an deutschen Löhnen, wurde aber durch Abzüge und Sonderregelungen – insbesondere bei „Ostarbeitern“ – stark reduziert.

Zwangsarbeiter wurden in nahezu allen Bereichen des Unternehmens eingesetzt: in der Produktion, in der Packerei, in der Gärtnerei, in der Küche, bei der Werkfeuerwehr oder im Hafen.

Die Kontrolle über die Zwangsarbeiter war streng. Kontakte zu Deutschen, insbesondere zu Frauen, waren verboten und wurden hart bestraft. Zwei ukrainische Frauen wurden 1943 an die Gestapo übergeben, weil sie das Lager unerlaubt verlassen hatten. Drei sowjetische Kriegsgefangene starben bei Henkel – zwei durch Vergiftung nach dem vermeintlich versehentlichen Verzehr von Chemikalien, einer wurde nach einem Fluchtversuch erschossen.

Trotz der schwierigen Bedingungen kam es kaum zu offenem Widerstand. In den letzten Kriegsmonaten verschlechterte sich die Lage der Zwangsarbeiter weiter. Nach der Befreiung Düsseldorfs und der Besetzung des Henkel-Werks im April 1945 durch die Alliierten blieben viele von ihnen zunächst in den Lagern zurück, insbesondere die „Ostarbeiter“, die als sogenannte „Displaced Persons“ in einem rechtlichen und sozialen Niemandsland lebten.

Henkel profitierte wirtschaftlich von der Zwangsarbeit, auch wenn die Rentabilität schwer zu beziffern ist. Die Verantwortung für das Schicksal der Zwangsarbeiter wurde dabei weitgehend ausgeblendet. Gemeinsam mit anderen deutschen Unternehmen, die während des Zweiten Weltkriegs Zwangsarbeiter beschäftigt hatten, trat Henkel im Jahr 2000 der Stiftungsinitiative „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ der deutschen Wirtschaft bei.

Henkel, die „Fettlücke“ und der Walfang im Nationalsozialismus

Im Zuge der nationalsozialistischen Autarkiebestrebungen geriet die deutsche Industrie zunehmend unter Druck, ihre Abhängigkeit von importierten Rohstoffen zu reduzieren. Besonders betroffen war die chemische Industrie, zu der auch Henkel gehörte. Das Unternehmen war für die Herstellung seiner Wasch- und Reinigungsmittel auf pflanzliche Öle und tierische Fette angewiesen. Diese Rohstoffe waren jedoch knapp und teuer, da Deutschland mehr als die Hälfte seines Fettbedarfs importieren musste. Die daraus resultierende sogenannte „Fettlücke“ – also die Differenz zwischen Bedarf und inländischer Produktion – wurde zu einem zentralen Problem für Henkel.

Bereits in der Weimarer Republik gab es Bemühungen, durch Beimischungsverordnungen die Verwendung inländischer Fette zu fördern. Nach 1933 schuf das NS-Regime die „Reichsstelle für Industrielle Fette“ (RIF), um Importe zu kontrollieren und die Verteilung zu zentralisieren. Henkel, das rund 70 Prozent der technischen Fette in Deutschland verbrauchte, war besonders betroffen. Der Fettanteil im Hauptprodukt Persil musste 1934 aufgrund staatlicher Anordnung von 42 Prozent auf 35 Prozent gesenkt werden, wodurch auch die Qualität des Waschmittels erheblich sank.

Um der Fettlücke zu begegnen, investierte Henkel massiv in die Forschung und Entwicklung synthetischer Alternativen. In Zusammenarbeit mit dem Chemiker Arthur Imhausen wurde 1936 die Deutsche Fettsäure-Werke GmbH in Witten an der Ruhr gegründet. Dort gelang es ab 1937, synthetische Fettsäuren aus Paraffingatsch – einem Nebenprodukt der Kohleverarbeitung – herzustellen. Die Anlage produzierte bis 1940 jährlich 30.000 Tonnen und wurde damit zur wichtigsten Quelle für synthetische Ersatzstoffe.

Parallel dazu setzte Henkel auf eine weitere, wenn auch ungewöhnliche Rohstoffquelle: den Walfang. In den 1930er-Jahren wurde Walöl als potenzieller Ersatz für pflanzliche Fette entdeckt. 1935 beteiligte sich Henkel an der Gründung der Ersten Deutschen Walfanggesellschaft (EDWG) und ließ den Frachter „Württemberg“ zum Walfangmutterschiff „Jan Wellem“ umbauen. Die erste Expedition in die Antarktis 1936/37 war technisch erfolgreich, da über 1.000 Wale erlegt wurden. Wirtschaftlich war die Expedition jedoch ein Desaster. Trotz staatlicher Subventionen überstiegen die Kosten die Erlöse deutlich. Auch die folgenden Expeditionen 1937/38 und 1938/39 blieben defizitär.

Ungeachtet der mangelnden Erlöse wurde der Walfang ausgiebig propagandistisch ausgeschlachtet. UFA-Filme, Presseberichte und Bildmaterial inszenierten das Unternehmen als heroisches Abenteuer im Dienste der nationalen Rohstoffversorgung. Letztendlich trug der Walfang aber nur etwa zwei Prozent zur Schließung der Fettlücke bei. Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde das Schiff von der Kriegsmarine übernommen und 1940 beschädigt. Das Projekt endete mit hohen Verlusten.

Fazit

Die Geschichte von Henkel im Nationalsozialismus ist ein Beispiel für die weit verbreitete schrittweise Anpassung eines ursprünglich liberal geprägten Familienunternehmens an die Diktatur. Insgesamt handelten auch bei Henkel die Verantwortlichen aus wirtschaftlichem Kalkül und blendeten die moralische Dimension weitgehend aus. Hinsichtlich der Belegschaft zeigt sich ein gespaltenes Bild: Während viele Arbeiter lediglich Mitläufer waren, war die Zustimmung unter Angestellten und Führungskräften zur NSDAP hoch. Insgesamt steht Henkel exemplarisch für zahlreiche deutsche Großunternehmen jener Zeit: anfängliche Distanz wich pragmatischer Anpassung und der Hineinverwicklung in das NS-Regime.